

Ressort: Lokales

Lieberknecht: Bürger sollen von Wahlrecht Gebrauch machen

Erfurt, 07.09.2014, 14:42 Uhr

GDN - Eine Woche vor den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg hat die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) die Bürger eindringlich dazu aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Freie Wahlen seien die Kernforderung der Demokratiebewegung in der DDR gewesen: "Dafür haben viele Bürger Gefängnis und Leben riskiert", sagte sie der "Welt".

"Wer will, dass dieses Recht dauerhaft erhalten bleibt, muss es nutzen." Die Annahme, durch Wahlen würde sich ja doch nichts ändern, sei "schlicht falsch". Das zeige schon die sehr unterschiedliche Entwicklung der deutschen Bundesländer. Bei der Landtagswahl in Sachsen am vergangenen Sonntag war die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent gefallen. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, verglich Nichtwähler mit Steuerhinterziehern. "Es ist die moralische Mindestpflicht eines Bürgers, an Wahlen teilzunehmen", sagte Papier der "Welt am Sonntag". Nicht mehr zur Wahl zu gehen sei "nicht viel weniger unmoralisch als die Weigerung, seine Steuern zu zahlen". Papier nannte Wahlbeteiligungen wie zuletzt bei der Landtagswahl in Sachsen "beunruhigend". Die Demokratie lebe davon, dass die Bürger sich mit ihr identifizierten und bestimmte Verantwortlichkeiten ernst nähmen. "Ereignisse wie etwa in Afghanistan, Syrien und dem Irak sollten permanenten Nichtwählern in Deutschland doch vor Augen führen, was sie von einem funktionierenden Rechtsstaat mit Gewaltmonopol haben", sagte er. Mit der Teilnahme an Wahlen trage der Bürger dazu bei, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand aufrechtzuerhalten. "Verfallen Staatlichkeit und Demokratie, drohen Willkür, Rechtlosigkeit und Gewalt", so Papier. Die Einführung einer gesetzlichen Wahlpflicht lehnte der einstige Verfassungsrichter indes ab. "Allein die Durchsetzung von Sanktionen wäre sehr schwierig", sagte Papier. "Aber in moralisch-politischer Hinsicht würde ich schon von einer Verpflichtung der Bürger sprechen, an Parlamentswahlen teilzunehmen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-40579/lieberknecht-buerger-sollen-von-wahlrecht-gebrauch-machen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619